

Mansfeld Links

DIE LINKE. PDS Kreisverband Mansfelder Land
Informationsblatt

13.(16.) Jahrgang

Nr. 11/2006

30.11.2006

Kreisdelegiertenkonferenz am 26. Oktober

Aus dem Referat

Zum Stand der Vorbereitung des Zusammenschlusses

Die Verabschiedung des Kommunalneugliederungsgesetzes und des Gesetz der Kreisgebietsneuregelung in Sachsen-Anhalt führt dazu, dass bis zum 01.01.2007 alle Parteien ihre Organisationsstruktur entsprechend der neuen Kreisgrenzen anpassen müssen. Dies ist eine Grundvoraussetzung zur rechtlichen Absicherung der Durchführung der Kreistagswahl am 22. April 2007.

Ein Schritt, welcher für die Mitglieder des Kreisverbandes ML der Linkspartei nicht neu ist. Fast genau vor 12 Jahren schlossen sich damals, im November 1994 die beiden Kreisverbände Eisleben und Hettstedt zum Kreisverband der PDS Mansfelder Land zusammen und wir hatten noch bis zum Jahr 2000 zwei Büros, als Anlaufstellen für unsere Mitglieder.

Am 18. November 2006 wird nun dieser Zusammenschluss zwischen der Linkspartei Sangerhausen und des Mansfelder Landes erfolgen und wir werden keine Geschäftstellen mehr haben.

Zur Vorbereitung dieser Fusion dienten einige Treffen der Kreisvorstände und der Basisorganisationen.

Wir einigten uns bisher in diesen Treffen darauf,

- dass die bestehenden Bürgerbüros der Landtagsabgeordneten der Linkspartei in Hettstedt, Eisleben und Sangerhausen weiterhin als Anlaufpunkte für unsere Mitglieder und zur Absicherung der ehrenamtlichen Arbeit genutzt werden.
- Der neue Sitz des Kreisvorstandes wird in Sangerhausen sein, wobei als Postadresse das dort eingerichtete Postfach dient.
- Die Tagungen des Kreisvorstandes und das Treffen der Basisorganisationen sollen zwischen Eisleben und Sangerhausen wechseln.
- Es wird ein gemeinsames Konto eingerichtet, wobei in Eisleben und Sangerhausen Handkassen geführt werden.

- Das Mitgliederprogramm der Kreisverbände wird zusammengeführt, wobei die Betreuung durch die bisherigen Genossen erfolgt.
- Der Delegiertenschlüssel zur Wahl der neuen Kreisdelegiertenkonferenz wurde bestimmt.

Mit Stand 1. Januar 2006 waren im Kreisverband Mansfelder Land 284 Genossinnen und Genossen in 11 Basisorganisationen nach dem Verwaltungsgemeinschaftsstrukturen organisiert (1994 waren es noch 864 GenossInnen in 26 Basisorganisationen).

Im Kreisverband Sangerhausen waren 126 Genossinnen und Genossen in 5 Basisorganisationen, davon 3 BO's in Sangerhausen organisiert. Eine Neuorganisation der Basisorganisationen im neuen Kreisverband, soll es nicht vor der Kreistagswahl am 22.04.2007 geben.

Nach dem Wegfall der Kreisgeschäftstellen der Linksparteien und der Zuordnung der Kreisverbände zu den fünf Regionalbüros in Sachsen-Anhalt, wird es dann, mit dem Beschluss des neuen Kreistages zur Zugehörigkeit der Planungsregion eine Neuordnung des Kreisverbandes geben. Bis zu diesem Zeitpunkt, wird der neue Kreisverband zum Regionalverband Harz der Linkspartei mit Sitz des Regionalbüros in Halberstadt gehören.

Zur Vorbereitung der Delegiertenkonferenz und zum Kennen lernen der unterschiedlichen Strukturen in den Kreisverbänden, diente das gemeinsame Treffen der Basisvorsitzenden am 28. September 2006 in Blankenheim.

Unterschiede gibt es kaum in der Alterstruktur der Mitgliedschaft, wohl aber in der Struktur und in den Aktivitäten der Mitglieder. Ich will hier nur unsere Partnerschaften zur Kommunistischen Partei nach Hradec Kralove und der Linkspartei in Herne sowie das Erscheinen von Mansfeld Links nun schon seit 1990 damals noch - Hettstedt Links - durch die Arbeit der Redaktion von Mali erwähnen.

Fortsetzung auf Seiten 2 und 3

Fortsetzung von Seite 1

Kreisdelegiertenkonferenz am 26. Oktober

Besonders bedanken möchte ich mich hier bei der Familie Rische, welche uns zu den Redaktionssitzungen immer bewirbt und bei Norbert Güntzel, Roland Wagner und Oskar Glaser, ohne deren Mitwirkung das Informationsblatt bestimmt nicht so lange erschienen wäre.

Bedanken möchte ich mich hier ebenfalls bei allen Genossinnen und Genossen, welche seit 1994 im Kreisvorstand, in den Basisvorständen sowie bei der ehrenamtlichen Besetzung der Geschäftstellen ihre Arbeit geleistet haben. Ich hoffe, dass wir weiter auf euch zählen können.

Herzlich bedanken möchte ich mich hier bei Rita Methner, welche nun schon seit über 8 Jahre die Finanzen des Kreisverbandes in ihrer Obhut hat und wesentlichen Anteil an der Erfüllung unsere Aufgaben gegenüber dem Landesverband trägt.

Herzlichen Dank auch an Elke Jordan, welche in den letzten beiden Jahren einen Großteil der Arbeit im Kreisverband geleistet hat und uns nun leider ab Mitte 2007 nicht mehr zur Verfügung steht.

Bedanken möchte ich mich auch bei allen Genossinnen und Genossen, welche mich nun schon seit über 10 Jahre in meiner Arbeit als Vorsitzender begleitet haben.

Ihr hatte es oft nicht einfach mit mir, ich aber auch nicht immer mit euch!

Und ich glaube, wir haben in den Jahren doch einiges bewegt, parlamentarisch und außerparlamentarisch auf das wir Stolz sein können.

Arbeitsschwerpunkte des neuen Vorstandes

Nicht nur die Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit des neuen Kreisverbandes, auch die Zusammenführung der Mitgliedsdateien und der Finanzen sind Aufgaben des neuen Vorstandes. Abgesichert werden muss die Durchführung der Urabstimmung zum Zusammenschluss mit der WASG und die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms im kommenden Jahr.

Auf der kommunalen Ebene muss die Durchführung der Kreistags- und Landratswahl am 22. April 2007 gemeistert werden.

Wobei wir nun beim zweiten großen Themen- und Aufgabenkomplex des neuen Kreisverbandes sind: der neue Landkreis „Mansfelder Land-Südharz“.

Ich möchte hier nur einige Anmerkungen dazu machen, auch aus den Erfahrungen des Zusammenschlusses der Kreise Eisleben und Hettstedt von 1994 heraus.

Fraktionsübergreifend waren wir bisher im Kreistag der Meinung, dass wir für die EinwohnerInnen unseres von hoher Arbeitslosigkeit gezeichneten Kreises wenigstens ein bisschen Lebensqualität erhalten wollen. Kulturelle, sportliche und soziale Einrichtungen, wie das Theater, die Musikschule, Jugendeinrichtungen, die Fahrbibliothek, die Volkshochschule und die Sportvereine sind wichtige Einrichtungen und auch ein so genannter weicher Standortfaktor und nicht unwichtig für die paar Pflänzchen, welche in der Industrielandschaft übrig geblieben sind. Wir brauchen uns nicht darüber zu beklagen, dass die Jugend abwandert, wenn wir genau die Einrichtungen schließen, welche von der Jugend genutzt werden.

Der Landkreis Mansfelder Land gibt bisher 2,8 Prozent seines Haushaltes für so genannte Freiwillige Aufgaben für kulturelle und soziale Zwecke trotz der schlechten Haushaltslage aus. Im Landkreis Sangerhausen liegt dieser Satz unter 1 Prozent und deren Haushalt ist auch nicht ausgeglichen. Fragen, warum haben wir auf einmal kein Geld für die Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge, haben wurden nie gestellt. Nicht die Unfähigkeit der Kreisverwaltung und des Kreistages sind daran schuld, sondern die Steuerreform der rot-grünen Regierung von 1999/2000. Weiterhin kommt dazu, dass wir kaum Steuereinnahmen aus Industrie und Gewerbe haben. Die hohe Arbeitslosigkeit und der sich verbreitende Niedriglohnsektor steigern weiterhin die Kosten für Sozialleistungen, welche der Landkreis trägt.

Ich möchte hier nur darauf hinweisen, dass wir im Kreistag fraktionsübergreifend beschlossen haben, gegen die Finanzausstattung der Kommunen zu klagen. Eine neue Gemeindefinanzreform muss endlich Abhilfe schaffen.

Kultur, Sport und Bildung gehören zu den Grundlagen eines allseitig gebildeten Menschen und sind unseres Erachtens Grundbedürfnisse. Die Frage nach diesen Kosten ist aus unserer Sicht falsch gestellt, besonders dann, wenn rechtsextremistisches Gedankengut in immer mehr Köpfe der Jugend Einzug hält. Der Gesetzgeber hat bewusst in der Gemeindeordnung den Spielraum für politische Entscheidungen für den Kreistag, die Stadt- und Gemeinderäte gerade bei der Verteilung und Vergabe der Finanzen gelassen. Das Todschlagargument mit der An-

Kreisdelegiertenkonferenz am 26. Oktober

drohung der Zwangsverwaltung wie in Sangerhausen zieht bei uns nicht. Dann müssten das ganze Land und alle Kreise unter Zwangsverwaltung gestellt werden.

Kampf um kulturelle und soziale Einrichtungen

Dass auch das Theater „spargeschrumpft“ wurde und fast die Hälfte seiner Mitarbeiter entlassen hat, muss hier nicht erläutert werden. Mit über 400 Vorstellungen im Jahr und der Erwirtschaftung von 16% der Kosten gehört es zu den best ausgelasteten Theatern in Sachsen-Anhalt. Zieht sich hier der Kreis aus der Verantwortung, werden auch die Zuschüsse des Landes nach 2008 zu Debatte stehen.

RESOLUTION

Die Kreisdelegiertenkonferenz der Linkspartei.PDS Mansfelder Land fordert den Erhalt der sozialen und kulturellen Einrichtungen des jetzigen Landkreises Mansfelder Land. Hierzu zählen für uns unter anderem die Landesbühne Sachsen-Anhalt in Eisleben, die Kreisfahrbibliothek, die Kreisvolkshochschule und die Kreismusikschule Mansfelder Land. Diese Einrichtungen haben für uns einen unverzichtbaren Wert und dürfen im Zuge der Kreisgebietsreform nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Durch die Fusion mit dem jetzigen Landkreis Sangerhausen eröffnen sich neue finanzielle Spielräume zur Sicherung einer solchen sozialen und kulturellen Infrastruktur.

Die Delegierten der Kreisdelegiertenkonferenz der Linkspartei.PDS Mansfelder Land erwarten von den kommunalen Mandatsträgern, insbesondere von den Mitgliedern des Kreistages, dass sie sich in aller Konsequenz für den Fortbestand dieser kulturellen Einrichtungen einsetzen.

Hettstedt, 26.10.2006

Der Vorschlag, über ein Beispielhaus zu sprechen, wie der Landrat Dr. Pietsch es vorschlägt, ist fatal. Der Einsparfaktor wäre fast null, da die Immobilie weiterhin bewirtschaftet werden müsste.

Wir fordern deshalb ein politisches Signal zum Erhalt dieses Theater durch den neuen Kreistag in einer seiner ersten Sitzungen. Wenn der Theaterzweckverband mit seinen jetzigen und vielleicht sogar noch neuen Mitgliedern fest hinter dem Theater steht, kann sich auch das Land nach 2008 nicht aus der Verantwortung ziehen.

Wir wollen und brauchen eine schlanke Verwaltung, die für die Bevölkerung des neuen Kreises Mansfeld-Südharz da ist, mit drei Fachbereiche oder Dezernate und nicht übergangsweise fünf. Da wären wir wieder beim Sparen. Mit den Beschäftigten, die über 60 Jahre alt sind, egal ob Angestellte oder Beamte, egal ob aus Kreis ML oder SGH, sollte dringend über Möglichkeiten des vorzeitigen Beendens des Arbeitsverhältnisses gesprochen werden und nicht darüber, sie vorher in ihrer Besoldung noch höher zu stufen. Die Erfahrung der Fusion von Hettstedt und Eisleben zum Kreis Mansfelder Land hat gezeigt, dass es der Kreisstadt Eisleben nicht geschadet hat, dass in Hettstedt noch einige Zeit Ämter bzw. Dezernate gearbeitet haben. Wir sollten aber deshalb nicht unterschätzen, was der Umzug der Verwaltung für das Gewerbe bedeutet.

Deshalb auch unsere Forderung nach Bürgerbüros in Hettstedt und Eisleben, wo die EinwohnerInnen ihre Angelegenheiten mit der Kreisverwaltung erledigen können.

Die Sitze der Sparkasse, der Leitstelle des Rettungsdienstes, des Straßenverkehrsamtes und der Gerichte muss nicht zwangsläufig die Stadt Sangerhausen werden und wir werden dafür kämpfen, dass diese in Eisleben und Hettstedt verbleiben.

Ihr seht vor uns stehen eine Menge von Aufgaben, lasst sie uns gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen aus Sangerhausen meistern.

Impressum

Herausgeber: AG Mansfeld Links
Kreisverband der PDS Mansfelder Land
06333 Hettstedt, Obertor 2 ☎ (03476) 81 12 72
e-mail pds-ml@t-online.de
internet www.pds-mansfelder-land.de
Ein Exemplar jeder Ausgabe kostet die Herausgeber 1 €.

Stenogramm vom **Kreisparteitag der Linkspartei.PDS** Mansfelder Land–Sangerhausen am 18. November 2006

1. Delegierte

Mansfelder Land	29	
Sangerhausen	29	
Summe	58	
anwesend waren	54	= 93,1 %

2. Beschlüsse

- Zusammenschluss der beiden bisherigen Kreisverbände – einstimmig
- Bildung einer Arbeitsgruppe zur Aufstellung eines Kreiswahlprogramms der Linkspartei.PDS für die Kreistagswahl und die Wahl des Landrates

3. Wahl der Führungsgremien des neuen Kreisverbandes

Kreisvorsitzender	Klaus Kotzur	SGH
Stellvertreter:	Manfred Lünig	ML
	Iris Töpsch	SGH
Schatzmeister	Rita Methner	ML
Vorstandsmitglieder:		
	Harti Rische	ML
	Holger Hüttel	SGH
	Helmut Neuweiger	ML
	Hagen Reifenstein	ML
	Christine Kümmel	SGH
	Iris Reiche	SGH
	Peter Jung	ML

Mitglieder des Landesparteirates:		
	Axel Sell	SGH
Stellvertreter	Herbert Kaps	ML

Revisionskommission:		
	K.Felix	ML
	Ch.Flach	SGH
	K.Lünig	ML
	F. Wartzok	ML

Sitz des Kreisverbandes ist Sangerhausen

Ansprechpartner:		
Bürgerbüro Dr. Angelika Klein		EIL
Bürgerbüro Stefan Gebhardt		HET

Mansfeld Links gratuliert zum Geburtstag

im Dezember:

am 04.12.	Erika Heine	Walbeck
am 04.12.	Ulrich Jüttner	Mansfeld
am 06.12.	Peter Zepke	Hettstedt
am 06.12.	Liselotte Trench	Eisleben
am 06.12.	Richard Streich	Benndorf
am 10.12.	Gerhardt Schneider	Großörner
am 12.12.	Georg Wernicke	Benndorf
am 17.12.	Klaus Bauerfeld	Eisleben
am 17.12.	Michael Röhrbein	Helbra
am 20.12.	Marlis Kahlenberg	Hettstedt
am 21.12.	Gerhard Anton	Eisleben
am 22.12.	Hans Joachim Kühne	Hettstedt
am 22.12.	Hans Deutsch	Hettstedt
am 25.12.	Christel Zepke	Hettstedt
am 28.12.	Marie Kriegelstein	Röblingen

Der Förderverein 'Flamme der Freundschaft' Hettstedt teilt mit:

Seit Oktober ist der Verein vom Amtsgericht Hettstedt als e.V. bestätigt.

Die Konto-Nr. lautet: 3300004925
bei der Sparkasse Mansfelder Land
BLZ: 80055008

Über Eure Spenden würde sich der Verein sehr freuen.

i.A. Des Vorstandes
Roland Wagner

Mehr über den Verein kann man auf der Homepage www.risom-tradition.de erfahren.

Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Hettstedt und Umgebung der Linkspartei.PDS

am Montag, 11. Dezember 2006, um 16.30 Uhr
im Ratskeller Hettstedt (Weinstube)

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Basisvorstandes und des/ der Vorsitzenden
2. Auswertung der Kreisdelegiertenkonferenz vom 18. November 2006

Offener Brief

Von Stadträten der Stadt Hettstedt an den Bürgermeister, Herrn Jürgen Lautenfeld

Sehr geehrter Herr Lautenfeld,

die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass sich der Graben zwischen Ihnen und dem beinahe kompletten Stadtrat durch Ihr Handeln immer mehr vertieft.

Ihr Lächeln in der „Bild-Zeitung“ vor einigen Wochen zeigte, wie sicher Sie sich offenbar noch immer sind, die Bürger unserer Stadt „an der Nase herumführen“ zu können. Indem Sie Fakten verdrehen, erreichen Sie eine breite Desorientierung. Ihr kürzlich erst laut geäußertes Ansinnen, den Stadtrat auflösen zu wollen, zeigt Ansätze von Realitätsverlust.

Wir, die Unterzeichner dieses Offenen Briefes, distanzieren uns von Zeitungsberichten in reißerischer Aufmachung, obwohl den Berichterstatern der „Bild“ nicht einmal ein Vorwurf zu machen ist, denn die falschen Informationen kamen doch wohl von Ihnen, Herr Lautenfeld.

Sie haben jede Gelegenheit genutzt, gegen alle Regeln einer guten Zusammenarbeit für die Stadt Hettstedt durch Missachtung von Gesetzen, Missachtung demokratischer Grundprinzipien, Missachtung der einfachsten Persönlichkeitsrechte zu verstoßen. Statt Transparenz und Offenheit bevorzugen Sie, was insbesondere unseren Wunsch nach Akteneinsicht betrifft, eine Taktik des Verdunkelns, Verschleierns, Verzögerns, der ungenierten Falschdarstellung von Zusammenhängen in der Öffentlichkeit.

Die Zeiten, in denen nur eine privilegierte Minderheit Zugang zu den Verwaltungsunterlagen unserer Stadt hatte, sind seit 16 Jahren vorbei. Die Entwicklung scheint spurlos an Ihnen vorbeigegangen zu sein.

Sie sollten den demokratischen Willen unserer Bürger, repräsentiert durch den Stadtrat, endlich in vollem Umfang respektieren.

Es ist bekannt, dass Sie durch gezielte Verunglimpfung versuchen, das Ansehen des Stadtrates in der Öffentlichkeit zu beschädigen. Es ist zu erkennen, dass viele Bürger verunsichert sind, vor allem die, denen Sie als freundlicher, hilfsbereiter Bürgermeister bekannt sind. Aber

allein mit Freundlichkeit nach außen ist es nicht getan. Von einem Bürgermeister unserer Stadt erwarten die Einwohner mehr.

Seit einigen Jahren müssen wir feststellen, dass Sie Entscheidungsbefugnisse im Rathaus immer mehr auf sich selbst konzentrieren. Dies führt unweigerlich dazu, dass sich in vielen Bereichen auch nichts mehr bewegt, zumal Sie gegenwärtig offenbar viel Zeit damit verbringen, bei langen Spaziergängen im Stadtgebiet ausgedehnte Selbstdarstellung zu üben. Dies aber bringt unsere Stadt nicht vorwärts. Offene Fragen und Unzufriedenheit stauen sich auf.

Es ist an der Zeit, stellvertretend für unsere Bürger, Fakten zu nennen und Fragen zu stellen:

1. Alles hängt ab von den Arbeitsplätzen in unserer Region. Wohin man schaut, erklären Bürgermeister diese Angelegenheit zur „Chefsache“.

Sie haben es bis heute nicht fertig gebracht, den Kontakt zur Geschäftsleitung von MKM, dem mit Abstand größten Arbeitgeber, zu intensivieren.

Die Arbeitsplätze der Hettstedter in diesem Unternehmen scheinen Ihnen gleichgültig zu sein. Mittelstand und Gewerbe verzichten seit Jahren auf Ihre tatkräftige Unterstützung. Warum tun Sie so wenig dafür, dass unsere Kinder hier Arbeit finden können, anstatt in die alten Bundesländer gehen zu müssen.

2. Bildung und Freizeitbetätigung unserer Kinder und Jugendlichen, und immer mehr auch unsere Senioren, leiden unter teilweise mangelnden Voraussetzungen.

Gegen den Sporthallenbau legten Sie Widerspruch ein, die Skaterbahn bringen Sie nicht voran. Das „Haus der Jugend“ könnte bald einstürzen, wenn die Schneelast im Winter zu groß wird.

Wann legen Sie Ihre Widerspruchsmentalität ab, um etwas zu bewegen? Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Offener Brief

3. Jede Stadt braucht ein gutes Verhältnis zu ihren Nachbargemeinden. Wir haben aber den Eindruck, dass mangelnde Kompromissbereitschaft sowie persönliche Motive Ihrerseits eine notwendige, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn beeinträchtigt haben.
Sie machen Hettstedt damit zum Verlierer der Verwaltungsreform, was sich in der Zukunft sehr negativ auswirken kann.
 4. Weshalb behandeln Sie die Vereine unserer Stadt so unterschiedlich – die einen wie Ihre Kinder, die anderen wie Stiefkinder?
Darf ein Bürgermeister private Befindlichkeiten so in den Vordergrund stellen?
Auch Zuckerhut und Gangolfkirche würden sich über regelmäßige Besuche freuen. Die Sportvereine insgesamt könnten Ihre Unterstützung wohl gebrauchen.
 5. Viele Städte haben es längst geschafft, Ihre Verwaltung zu modernisieren. In Ihrer Verantwortung wurde viel Geld für Studien und Konzepte von auswärtigen Firmen ausgegeben. Sie wären geeignet, unseren Bürgern einen besseren Service, eine höhere Qualität von Satzungen und Regelungen, einfach mehr konkrete Bürgernähe bieten zu können. Weshalb verschwinden diese Konzepte ungenutzt in Ihrer Schublade? Der Stadtrat hat bis heute keine konkreten Kenntnisse über deren Inhalt.
Kann es sein, dass Sie sich weigern, das hohe fachliche Potential Ihrer Mitarbeiter sinnvoll zu nutzen und stattdessen nur den Mitarbeitern im Rathaus Entwicklungschancen einräumen, die Ihnen persönlich zugetan sind?
 6. Wie wir wissen, sind Lob und Motivation, das Fördern kreativen eigenverantwortlichen Handelns, Fremdwörter in Ihrem Leitungsstil. Sie regieren im Rathaus mit Einschüchterung und Missachtung, Unhöflichkeit und Arroganz – also ganz anders, als Sie der normale Bürger kennt.
 7. Bei näherem Hinschauen sind aber auch unsere Bürger nicht vor der Willkür ihres Bürgermeisters geschützt. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass selbst bei eindeutigen und nachgewiesenen Ordnungswidrigkeiten der eine zahlen muss und der andere nicht?
 8. In den vielen Jahren Ihrer Amtszeit wurde ja auch einiges geleistet. Wir denken dabei an die Marktgestaltung, unser Freibad, die Sportstätten am Kirschweg, an behindertengerechtes Bauen im Stadtgebiet, unsere Stadtfeste und Jubiläen.
Das waren Themen, denen Sie stets destruktiv gegenüber standen. Zum Glück aber gab es die „Macher“ im Rathaus, von denen sich zwei leider schon im Ruhestand befinden.
Wir sagen hier einfach mal: Danke Herr Frömsdorf! Danke Herr Luprian!
Beide, Herr Lautenfeld, hätten sich gefreut, wenn Sie – damals wie erst kürzlich – bei den kleinen Verabschiedungen wenigstens mal reingeschaut hätten.
Statt „danke“ zu sagen, schmücken Sie sich aber immer wieder mit fremden Federn.
 9. Auch wenn Sie sich heute gern zu unserer erfolgreich arbeitenden Sozialstation bekennen, hatten Sie doch, im Gegensatz zu Ihren Behauptungen, mit den schweren Anfängen nicht das Geringste zu tun.
Schon damals, vor 16 Jahren, fehlten Ihnen Visionen, die bei den Stadträten – auch denen der vergangenen Jahre – durchaus vorhanden waren. Daran hat sich bis heute nichts geändert.
In Gesprächen erfahren wir immer wieder, dass den meisten Bürgern diese Seite an Ihnen nicht bekannt ist. Es ist aber an der Zeit, „reinen Tisch zu machen“ und unsere Stadt von der Lähmung zu befreien, die sie befallen hat.
- Sie, Herr Lautenfeld, sind der Meinung, 26 Stadträte sollten zurücktreten.
Wir sehen da aber eine andere Lösung, die den Tatsachen wirklich gerecht würde.

Horst Tetzl - Stadtrat; Die Linke.PDS

Lothar Hentschel

Abwasser kostet bald mehr

Heimlich, still und leise, kurz vor dem Jahreswechsel, beschließt der AZV Eisleben eine Erhöhung der Abwassergebühr, die zum Himmel schreit. 54 Cent mehr für den Kubikmeter Abwasser, dazu eine Grundgebühr pro Wasserzähler von 4,60 € monatlich und dies unter der künftig um 3 % erhöhten Mehrwertsteuer! Weiterhin geht die Rechnung eines Herrn Gündel und des AZV gar nicht auf, es wird so sein, dass pro Einzelperson im Landkreis AZV 50,00 € pro Jahr mehr gezahlt werden muss. Hier und heute will ich nur nochmals an die Proteste aus der Bevölkerung und aus dem Stadtrat der Lutherstadt und Verbänden erinnern, gegen den Bau dieser 16 Kilometer langen Überlandleitung zum Klärwerk Rollsdorf erinnern (Kosten 14 Mio. €) weiterhin gegen den Kauf dieser absoluten Fehlplanung.

Jetzt geht der Wahnsinn noch weiter, Herr Gündel sagt, die Investitionen gehen, Helbra wird stillgelegt und das Abwasser wird über Eisleben nach Rollsdorf verbracht (weitere 6 Millionen €).

Bezahlen soll dieses der Bürger, obwohl Investitionen von 80 % vom Land gezahlt wurden, weiterhin wurde vom Land versprochen, die Erhöhungen liegen im Bereich von 50 Pfennigen pro Kubikmeter, jetzt sind es mit der Grundgebühr 5,14 € pro Monat. Es ist einfach Wahnsinn, 5,14 €, ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer, dem Bürger aufzubürden.

Weitere drei Millionen sollen in den fortführenden Ausbau der Rollsdorfer Anlage fließen.

Will man weiterhin dort bauen, wo Bergbau geschädigtes Gebiet ist, die Anlagen in Rollsdorf kosten jetzt schon jedes Jahr 50.000 €, nur dass die Klärkessel nicht absacken?

Dies bezahlen wir alles mit, der AZV denkt auch, die Bevölkerung hat Geld ohne Ende!

Strom, Gas, Benzin, Abfall und Abwassergebühren sind auf der Tagesordnung, dagegen keine Erhöhungen bei Löhnen, Nullrunden bei Rentnern, aber die Verbände mit ihren Geschäftsführern werden sich schon „ihren“ Anteil holen.

Es stellt sich die Frage, ob dieser Beschluss und die Gebührenerhöhung bei einer Förderung von 80 % überhaupt gesetzlich rechtens sind!

Jetzt ist die Grenze erreicht, wo es heißen muss: Schluss jetzt mit solchen wahnsinnigen Erhöhungen. Auch für die Politik muss es jetzt heißen; Hände weg von Steuererhöhungen.

Weiterhin stellt sich die Frage, wie lange noch Parteien, Verbände und Bürger solche Dinge noch hinnehmen wollen? Ich, für meinen Teil, sage nein. Solche Beschlüsse sind reine Abzocke der Bevölkerung. Ich protestiere auf das Schärfste gegen diesen Beschluss des AZV Eisleben.

Abgeordnete im Streik

Alle Achtung Oskar, dein Antrag, den Generalstreik per Gesetz zu verabschieden, macht die Herrschenden unsicher und nachdenklich!

Mit Bedauern habe ich gehört, dass der Plenarsaal am 27.10.2006 fast leer war, als dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde. Auch finde ich es erschreckend, dass die Gewerkschaften sowie der DGB keine Stellungnahme abgaben. So lange im DGB Leute wie Hubertus Schmolt, IG BCE, das Sagen haben, wird es keine gewerkschaftliche Unterstützung zum Generalstreik geben. H. Schmolt hat den KV des DGB Mansfelder Land im vergangenen Jahr empfohlen, nicht an den Hartz IV-Demos teilzunehmen, auch diese nicht zu unterstützen. Also weg mit H. Schmolt und seinen Unterstützern!

Am 26. Oktober war ich auf Einladung von Elke Reinke, WASG, im Bundestag. Gegen 10.50 Uhr haben wir den Plenarsaal betreten. Auch diesmal war der Plenarsaal nur mit etwa 30–40 % besetzt. Auf der Tagesordnung stand: Arbeitslosigkeit bekämpfen und nicht verwalten. Antrag der Grünen.

Leider zählte ich auch nur 15 linke Abgeordnete, z.B. Lothar Bisky, Dr. Ilja Seifert, Dagmar Enkelmann, Elke Reinke, um nur einige zu nennen. M. Maurer ging hin und her, ob er wohl aufs Klo musste, das von den Abgeordneten besetzt war. Ist schon möglich.

Zum Glück werden wir nicht mehr von nur G. Löttsch und P. Pau vertreten, die immer im Plenarsaal anwesend waren. Nochmals, vielen Dank.

Herr Beck (Grüne) stellte den Antrag, dass auch Münze und andere Minister an der Debatte teilnehmen sollten. Die Ministerbank war leer, auch der Platz unserer Kanzlerin blieb leer. Die CDU/CSU stellte den Antrag, ob es notwendig ist, dass die Minister und die Kanzlerin dabei sein müssten. Ja man wollte sogar den Hammelsprung fordern. Das kann man nur von Trampeltieren erwarten.

Auf einmal zogen fast alle Anwesenden ihre Handys aus der Tasche und innerhalb von 3–5 Minuten waren etwa 80 % der großen Koalition anwesend. Bei den Linken blieb es bei 15 Abgeordneten. Nach der ablehnenden Abstimmung blieben die dazugekommenen Abgeordneten nicht im Plenarsaal. Wo waren Oskar und Gregor, wurde gefragt. Sicher hatten sie eine wichtige Aufgabe. Meine Mitreisenden waren enttäuscht von den „nicht anwesenden Linken“. Von CDU/CSU und SPD war man das gewöhnt, aber nicht von den Linken. Liebe Linke, 8,7 % haben euch gewählt, um uns zu vertreten, bitte enttäuscht uns nicht noch einmal! Bei so einem Thema erwarten wir alle Linken im Plenarsaal.

Danke an Elke Reinke für die Einladung. (7.11.2006)

Birke Bull

Soziale Spaltung – eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts - Über eine aktuelle Debatte im Parlament -

Was hat Armut mit Geld zu tun?

Schnell bei der Sache war die Berliner Politik um zu verkünden, dass das Problem der Armut nicht eine Frage des Geldes sei. Die Transferleistungen (sprich der Regelsatz im Sozialrecht) sei ausreichend.

Natürlich ist Armut keineswegs nur eine Frage des Geldes. Einkommensarmut führt z.B. nicht zwangsläufig zu Bildungsarmut, zu Armut an Gesundheit und anderen Mangelerscheinungen. Um einen Fakt jedoch ist kein Herumkommen: Geld hat nun mal in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft den höchsten Konvertierungsgrad. Der Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten ist auch eine Frage des Geldes. Der Zugang zu nachhaltiger gesundheitlicher Prävention ist auch eine Frage des Geldes. Deshalb ist es unredlich, so zu tun, als hätte die Höhe des Einkommens von Alleinerziehenden, von langzeitarbeitslosen Hartz IV-EmpfängerInnen, von SozialhilfeempfängerInnen, von Niedrigqualifizierten, von Beschäftigten im Niedriglohnsektor so gar nichts mit Armut zu tun hätte. Und noch unredlicher ist es, immer mal wieder Kürzung des Eckregelsatzes zu fordern und sich gleichzeitig über Armut oder Unterschichten zu empören.

Fakt ist und bleibt: Einkommensarmut ist eine zentrale Ursachenkategorie bei der Entstehung von vielfältigen Mangelerscheinungen. Die Forderungen der Wohlfahrtsverbände, die Sozialhilfesätze auf 420€ zu erhöhen, findet deshalb unsere Unterstützung.

Was hat Armut mit Bildung zu tun?

Mangelnder individueller Bildungserfolg ist Ursache und Folge für bzw. von Armut zugleich. Die Schulabbrecherquote in Sachsen-Anhalt liegt mit 9% weit über dem Bundesdurchschnitt. Wahr ist, dass sie in den letzten Jahren spürbar gesunken ist. Wahr ist aber auch: die Summe der Schulabbrecher und der AbsolventInnen der Hauptschulen sind seit Jahren konstant, und zwar auf unerträglich hohem Niveau. Das PISA-Konsortium definiert beides als Bildungsarmut.

Wir haben in Sachsen-Anhalt die höchste Sonderschulquote bundesweit. Sie liegt bei 7,9%, bundesweit bei 4,8% (2003). Der Löwenanteil der SonderschülerInnen lernen in der Schule für Lernbehinderte. So genannte lernbehinderte Kinder und Jugendliche sind aber in aller Regel keineswegs behindert aufgrund körperlicher Schädigungen. Ihre Schwierigkeiten, sind zu 90% Folge von sozialer Benachtei-

ligung. Die Tendenz ist steigend. In Sachen Bildungsarmut haben wir in Sachsen-Anhalt also richtig zu tun.

Zwei Fragen werden wir beantworten müssen:

- Wollen wir die Kindertagesstätte als Lernherausforderung begreifen und gestalten oder lassen wir bereits hier die Selektion nach der sozialen Herkunft zu und lassen Bildungsangebote für alle Kinder ungenutzt?
- Wollen wir ein Lernumfeld, was mit der Vielfalt, also mit der Unterschiedlichkeit von Leistungen und Kompetenzen nicht nur umgehen kann, sondern diese auch nutzt oder wollen wir ein gegliedertes und differenzierendes Schulsystem, was zumindest große Potenziale hat, Schülerinnen und Schüler zu stigmatisieren?

Eine Politik, die den Zugang zu den Bildungsangeboten für alle Kinder und Jugendlichen möglich macht, wird deshalb zum Kerngeschäft einer vorsorgenden Sozialpolitik.

Was hat Armut mit Demokratie zu tun?

Demokratie ist anstrengend. Die notwendigen Auseinandersetzungen um verschiedene politische Alternativen sind anstrengend. In einer Gesellschaft aber, in der einem beachtlichen Teil von Menschen entscheidende sozial und kulturell begehrte Güter und Ressourcen vorbehalten bleiben, wird die Luft eng für Freiheit und Demokratie. Hier wird es keinen Platz geben für ein geistig und mental libertäres Klima, für Toleranz und Mitmenschlichkeit, für differenzierte Meinungen, für rationalen aufgeklärten Diskurs. Eine Gesellschaft mit zunehmender Spaltung und wachsendem sozialem Sprengstoff ist der ideale Nährboden für autoritäre und fundamentalistische Wünsche und Gedankenspiele. Menschen anzusprechen, die in diesen sozialen Konfliktlagen leben müssen, ist eine verflucht hohe Anforderungen an die Politik. Einfache Sprache darf dabei nicht mit einfachen Lösungen verwechselt werden. Das ist eine Herausforderung für alle demokratischen Parteien, denn: Das Gegenteil von rechtsextrem ist nicht links, sondern immer noch Demokratie.

Fazit: Nicht nur die Schuldenentlastung des Landes ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts. Eine schärfer werdende soziale Spaltung kosten uns künftig nicht nur deutlich mehr als das, was wir jetzt nicht investierten, es kostet uns unter Umständen das demokratische Fundament.

Oskar Glaser

Ein Stolz ward uns genommen! (Teil 21)

Als ich Anfang der 80er Jahre eine Aufzeichnung beim TV-Sender 3sat über das Wirtschaftswunder Japan, mit seinen hervorragenden und wirtschaftlich eigenständigen Klein- und Mittelunternehmen im Parteilehrjahr kommentierte, wurde mir geantwortet, über Parteibeschlüsse diskutiert man nicht, diese gelte es zu realisieren!

Der allgemeine wirtschaftliche Trend zur Bindung von kleinen VEB's an Großbetriebe zeichnete sich nunmehr auch im Mansfeld-Kombinat ab.

So wurden auf Entscheidung des Ministerrats artfremde Betriebe dem bereits existierenden Großkombinat angegliedert.

1979 VEB Eisen- und Hüttenwerk Thale mit dem Betrieb Blechpackung Staßfurt

1981 VEB Blechpackung Meißen mit Zweigetrieben in Berlin, Stralsund, Leipzig und Raschau

1982 Gründung des VEB Generallieferant-Metallurgie Berlin zur Vorbereitung und Aufbau der Erzaufbereitungsanlage in Kriwoi-Rog (Ukraine)

Das Mansfeld-Kombinat war mit seinen Betrieben über das gesamte Territorium der DDR verteilt. Auf ihrem Areal von der Ostsee bis ins Erzgebirge, vom Harz bis an die Oder beschäftigte es über 48.000 Werktätige.

Das Handbuch der Nichteisenmetallurgie aus dem Jahr 1987 nennt nebenstehende Arbeitskräftebilanz aus dem Jahr 1986 in Arbeiter und Angestellte - VbE (Vollbeschäftigteeneinheiten). Kombinate sollten nach den Beschlüssen von Partei und Regierung als Hauptstützen einer modernen Wirtschaftsleitung dienen und das Rückgrat der sozialistischen Planwirtschaft bilden. Leider waren die objektiven Bedingungen nur zum Teil gegeben.

Auf geringe Produktionsproduktivität wurde bereits hingewiesen, außerdem bestand ein akutes Missverhältnis zwischen Konsumtion und Akkumulation, d.h. wir lebten zum Teil über unsere Verhältnisse. Dies wurde auch im Mansfeldischen deutlich. Dazu kamen die über Jahre erfolgten strukturellen Veränderungen, Schaffung von Produktionskapazitäten, in der Forschung aber auch in der Qualifikation und im Sozialwesen, die eine Überbeanspruchung der materiellen Fonds zur Folge hatten.

Es bleibt eben eine Tatsache, dass in den sozialistischen Ländern den sozialen und kulturellen

Rechten mehr Platz eingeräumt wurde als den wirtschaftlichen, bürgerlichen und politischen.

Im Mansfeld-Kombinat waren 48.000 Beschäftigte unter der Obhut der Generaldirektion Empfänger von Löhnen und Gehältern in ihrer jeweiligen Spezifik und entsprechenden Qualifikation. Keiner durfte arbeitslos auf der Straße bleiben. Zwar führten die gezahlten Löhne und Gehälter zu keinem gewaltigen Anstieg an persönlichem Reichtum und Ersparnissen, doch soziale Sicherheit war gegeben.

Beschäftigte im Mansfeld-Kombinat 1986

	VbE
„Bernhard Koenen“ Schacht	3.719
„Thomas Müntzer“ Schacht	2.805
„August Bebel“ Hütte	1.614
Kupfer-Silber Hütte	1.923
Kupfer-Hütte Ilseburg	242
Anlagen- und Gerätebau	3.343
Konsumgüterbetrieb	670
Generallieferant Metallurgie	627
Forschungsinstitut für NE- Metalle	612
Stammbetrieb Eisleben	18.122
Walzwerk Hettstedt	8.302
Leichtmetallwerk Nachterstedt	1.561
Leichtmetallwerk Rackwitz	2.504
Alufolie Merseburg	668
Berliner Metallhütten und Halbzeugwerke	2.239
Schweißtechnik Finsterwalde	1.064
Schachtbau Nordhausen	3.037
Mansfeld-Industrieanlagen Dresden	207
Aluminiumwerk Lauta	1.217
Blechpackung Meißen	1.612
Blechpackung Staßfurt	490
Eisenhüttenwerk Thale	<u>6.486</u>
Mansfeld- Kombinat gesamt	48.136

Im Zeitraum von 1970 bis 1988 erhöhte sich der Durchschnittslohn der Kombinatiangehörigen fast linear von 715 auf 1.116 Mark/VbE im Monat. Grundlage der Entlohnung der Beschäftigten war das Tarifsysteem, dessen Grundsätze vom Ministerrat gemeinsam mit dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) festgelegt wurden.

Natürlich wurden zwischen den einzelnen Wirtschaftseinheiten oft lohnmäßige Benachteiligungen ins Gespräch gebracht, doch ließ die hohe Beteiligung in der Gewerkschaft den im Kapitalismus üblichen Lohnkampf nicht zu.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Ein Stolz ward uns genommen!

Auf die aus der Wirtschaftspolitik abgeleitete soziale und kulturelle Betreuung, die sog. „Zweite Lohntüte“ wurde bereits hingewiesen. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungskraft standen den Betrieben im sog. Kultur- und Sozialfonds Mittel zur Verfügung, die zur Finanzierung

- der gesundheitlichen Betreuung
- der Versorgung der Belegschaft mit Speisen und Getränken
- der Kinderbetreuung
- des Ferien- und Erholungswesens
- der kulturellen und sportlichen Betreuung
- der Förderung und Pflege der Zusammenarbeit mit dem Territorium

zur Verfügung standen.

1988 betrug der Anteil des Kombines hierfür die beachtliche Höhe von 89,1 Mio. Mark.

Einige Beispiele für diese Leistungen sollen dies belegen:

- Obwohl stark subventioniert, wurden in den Betriebsküchen oder Kantinen Essenportionen von 0,70 bis 1,00 Mark der DDR für ca. 80 % der Belegschaft verabreicht.
- 6 Kinderkrippen und 12 Kindertagesstätten wurden allein im Mansfelder Land in Eigenständigkeit durch das Kombinat betrieben.
- Jährlich wurden 3.200 Kinder im Sommer und 820 im Winter in Kinderferienlagern an der Ostsee, im Erzgebirge, an der Mecklenburgischen Seenplatte und im Harz betreut.
- In 18 Betriebssportgemeinschaften betrieben Kombinatmitglieder mit Ihren Angehörigen Massen- und Leistungssport. Dazu gab es spezielle Leistungszentren in Eisleben, Hettstedt und Sangerhausen.
- In der Zuständigkeit des Stammbetriebes wurden allein 1.267 kombinatseigene Wohnungen bewirtschaftet, wobei die staatliche Unterstützung nicht gering war.
- Aufgrund eines Beschlusses des Rates des Bezirkes vom 28.04.1983 wurde die Bildung eines einheitlichen Betriebsgesundheitswesens vollzogen, in welchem das „Bergbaukrankenhaus“ und 6 Betriebspolikliniken integriert waren. Sie sicherten die arbeitsmedizinische und ambulante medizinische Betreuung ab. Gerade sie erwarb in den 80er Jahren den Ruf einer führenden Einrichtung im Bezirk Halle.

Wer kennt sie nicht, die jährlichen Veranstaltungen aus dem Kulturfond des Kombines bzw. der Kombinatbetriebe?

Qualifizierte Fachkräfte als auch Interessenten ermöglichten so kulturelle Höhepunkte für die Region.

Oratorien, Galerieausstellungen, Auftritte von Spitzenkünstlern von Bühne und Fernsehen, die Vergabe von Auftragswerken an Kunstschaaffende der Malerei und Plastik, Besuche im Leipziger Gewandhaus oder der Semperoper in Dresden sind noch in guter Erinnerung. Kulturhäuser in Eisleben, Hettstedt, Sangerhausen, Thale und Berlin ermöglichten ohne Zwang die Forderung

„Die Kunst gehört dem Volke“. Über Jahrzehnte wurde die Region zu einem Kunstzentrum aufgebaut, dessen Zenit mit der Zerschlagung des Kombines nach der Wende unwiederbringlich verloren ging.

Ist dies nicht eine moderne Form der Bilderstürmerie?

Sich gerade diesen sozialen Aufgaben neben denen der Wirtschaftlichen zu stellen, war auch ein echtes Bedürfnis des langjährigen Generaldirektors Professor Dr. Jentsch.

Dieser scheidet 1988 nach 21-jähriger Tätigkeit als Generaldirektor aus, sein Nachfolger wird Dr. Reichmann.

In der Gegenwart wäre es nicht vorstellbar, dass sich ein Aufsichtsratsvorsitzender so allumfassend um die sozialen Belange seiner Arbeitnehmer bemühen würde.

Häufig hört man von ernst zu nehmenden Politikern aber auch Vertretern der Medien Unwahrheiten über die DDR, wie z.B. die Bürger der DDR hätten in ihrer Isolierung nicht zu lachen gehabt.

Unsere Erfahrungen beweisen aber das Gegenteil!

Trotz vieler Probleme, auch in meiner fast 40-jährigen Betriebszugehörigkeit zum Walzwerk habe ich im persönlichen Leben mehr Spaß und Freude feststellen können als heute.

Wer die Bewertung der Fakten nur aus den Medien nimmt, hat kein Recht auf Objektivität, denn nur Selbsterlebtes kann dieser dienen.

Steht nicht jedem Volk das Recht zu, gewisse Erfolge zu präsentieren?

Die Artikelserie wird fortgesetzt.